

Eric Seils

Wie leben die Armen in Deutschland und Europa?

Eine Auswertung der aktuellen Daten von
Eurostat

Zusammenfassung

Laut aktuellen Daten der EU steigt die relative Einkommensarmut in der Bundesrepublik weiter. Den amtlichen Daten zufolge sind am aktuellen Rand 16,7 Prozent der Bevölkerung bzw. mehr als 13 Millionen Menschen in Deutschland von Armut bedroht. Der weitere Anstieg des sogenannten Armutsrisikos gegenüber dem Vorjahr geht auf den Anstieg der Altersarmut von 14,9 auf 16,3 Prozent und die Zunahme der Beschäftigungsarmut von 8,6 auf 9,9 Prozent zurück. Damit ist nun praktisch jeder zehnte Beschäftigte von Armut bedroht.

Zweifelsohne weisen viele Armutsgefährdete in Deutschland einen höheren Lebensstandard auf als ein Großteil der Bevölkerung in den ärmsten Ländern der EU. Allerdings lebt auch hierzulande jeder Zwanzigste in großem Mangel. Immerhin 13,3 Prozent der Armutsgefährdeten können ihre Wohnung nicht angemessen warm halten und 19,4 Prozent von ihnen haben mit Schimmel oder Feuchtigkeit in ihrer Unterkunft zu kämpfen. Diese Zahlen zeigen, wie wichtig die Einführung des Mindestlohns für Deutschland war.

In der Reihe „WSI-Diskussionspapiere“ erscheinen in unregelmäßiger Folge Arbeiten aus dem WSI zu aktuellen Vorgängen auf wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischem Gebiet. Sie basieren u. a. auf Vorträgen, die Mitglieder des Instituts gehalten haben oder auf gutachterlichen Stellungnahmen, können aber auch Diskussionsbeiträge zu ausgesuchten Einzelthemen sein. Für den Inhalt sind die Autorinnen und Autoren selbst verantwortlich.

Dieses und andere WSI-Diskussionspapiere finden Sie als pdf-Datei unter: www.wsi.de

Gedruckte Einzelexemplare sind zu beziehen über: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI i.d. HBS), Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf

Dr. Eric Seils
WSI in der Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Eric-Seils@boeckler.de

WSI-Diskussionspapiere (Print)
WSI-Diskussionspapiere (Internet)

ISSN 1861-0625
ISSN 1861-0633

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Was versteht man unter Armut?.....	1
3	Wie misst Eurostat Armut und Mangel?	4
	3.1 Armutgefährdung	5
	3.2 Mangel.....	6
4	Einkommensarmut und Mangel im europäischen Vergleich	7
5	Fazit.....	11
6	Literatur	Fehler! Textmarke nicht definiert.

1 Einleitung¹

Die Statistikbehörde der Europäischen Union (Eurostat) hat jüngst neue Daten zur „Armutgefährdung“ und den Lebensbedingungen in den Mitgliedsstaaten der EU und einigen weiteren europäischen Ländern herausgegeben. Den amtlichen Daten zufolge sind am aktuellen Rand 16,7 Prozent der Bevölkerung bzw. mehr als 13 Millionen Menschen in Deutschland von Armut bedroht.² In den beiden Vorjahren waren es 16,1 Prozent. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr geht auf das gestiegene Armutsrisiko der Senioren von (14,9 auf nun 16,3 Prozent) und die wachsende Beschäftigungsarmut zurück. Der Anteil der *working poor* ist in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozentpunkte auf 9,9 Prozent gestiegen. Damit lebt nun jeder zehnte Erwerbstätige in Deutschland in Armut.

International vergleichende Daten zum Armutsrisiko verschiedener Bevölkerungsgruppen, wie sie die EU in regelmäßigen Abständen vorlegt, stellen bei der Interpretation jedoch besondere Herausforderungen, die sich aus den großen Unterschieden hinsichtlich des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes der Länder ergeben. So liegt das Niveau der deutschen Armutsgrenze weit über dem mittleren Einkommen in den meisten osteuropäischen Ländern. Dies führt zu der Frage, mit welchen materiellen Folgen relative Einkommensarmut („Armutgefährdung“) für die Betroffenen in Deutschland und anderen europäischen Ländern verbunden ist. Welche Rolle spielt das durchschnittliche Einkommensniveau eines Landes? Inwiefern ist Armutgefährdung in Deutschland und anderen europäischen Ländern mit tatsächlichem Mangel verbunden? Wie leben die Armen in Deutschland und Europa?

Im folgenden Abschnitt wird auf die Frage eingegangen, was unter absoluter bzw. relativer Armut zu verstehen ist. Darauf aufbauend werden die Berechnung der „Armutgefährdung“ und die Erhebung sogenannter „Deprivationsindikatoren“ im Rahmen des EU-SILC-Surveys erörtert. Danach werden die jüngst erschienenen Daten mit Blick auf die mit der Armutgefährdung verbundenen materiellen Entbehrungen in Deutschland und anderen europäischen Ländern ausgewertet. Abschließend wird ein Fazit gezogen.

2 Was versteht man unter Armut?

Armut ist ein normatives Konzept. Über die Bedeutung des Wortes Armut wird nicht nur in der öffentlichen Debatte, sondern auch in der Wissenschaft (leidenschaftlich) gestritten. Die Differenzen beziehen sich dabei auf die Fragen, was unter Armut zu verstehen und wie sie zu messen ist. An dieser Stelle geht es einerseits um die bekannte Unterscheidung zwischen *absoluter* und

¹ Ich danke Dorothee Spannagel für hilfreiche Kommentare. The usual disclaimer applies.

² Das Papier basiert auf aktuellen Daten der Erhebungswelle 2014. Diese Daten werden von Eurostat als Daten für das Jahr 2014 ausgewiesen. In der zugrunde liegenden EU-Silc-Erhebung wird in jedoch in Deutschland und den meisten anderen Ländern nach dem Einkommen *im Vorjahr* gefragt. Das Einkommensjahr ist daher das Jahr 2013. In Großbritannien und Irland ist das Erhebungsjahr mit dem Einkommensjahr identisch. In dieser Publikation wird – im Unterschied zu Eurostat - durchgehend das Einkommensjahr berichtet.

relativer Armut. Andererseits geht es um die Frage, ob Armut *indirekt* über das verfügbare Einkommen oder *direkt* über den Konsum des Haushaltes erfasst wird.

Abbildung 1: Armutskonzepte und Armutsmessung

		Armutskonzept	
		<i>absolut</i>	<i>relativ</i>
Armutsmessung	<i>indirekt</i>	primary poverty	Armutgefährdung
	<i>direkt</i>	poverty (primary + secondary)	Mangelindikatoren

Quelle: Eigene Darstellung

Das Konzept der absoluten Armut ist untrennbar mit dem Namen Benjamin Seebohm Rowntree verbunden. In seinem – oftmals als erste wissenschaftliche Armutstudie bezeichneten Buch – befasste er sich mit den Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen in seiner Heimatstadt York (Rowntree 1901). Das darin verwendete Armutskonzept knüpft an dem an, was für das *Überleben* erforderlich ist. Dementsprechend leitete sich das Niveau der in der Erhebung verwendeten Armutsgrenze von dem ab, was bei äußerster Sparsamkeit für die Erhaltung des Körpers absolut notwendig war:

"[The poverty line] was based upon the assumptions that the diet is selected with careful regard to the nutritive value of various food stuffs, and that these are all purchased at the lowest current prices.(...) It further assumes that no clothing is purchased which is not absolutely necessary for health, and assumes too that it is of the most economical description.

No expenditure of any kind is allowed for beyond that which is necessary for the maintenance of merely physical efficiency (Rowntree 1901, S. 297)."

Diejenigen, deren verfügbares Einkommen unterhalb seiner Armutsgrenze lag, lebten danach in *primary poverty*. Neben dieser *indirekten* Armutsmessung über das Einkommen der Haushalte nahmen Rowntrees Interviewer auch eine *direkte* Erfassung von Mangel vor. Haushalte, die nach der Ansicht seiner Interviewer offensichtlich in Hunger und Dreck lebten, wurden als in Armut (*poverty*) lebend klassifiziert. Diejenigen, welche in solch offenkundiger Armut (*poverty*) lebten, deren Einkommen aber die Armutsgrenze überstieg, befanden sich nach Rowntrees Klassifikation in *secondary poverty*. Dabei war es unerheblich, ob das die Armutsgrenze übersteigende Einkommen für nützliche Zwecke verwendet oder einfach verschwendet wurde (Rowntree 1901, S. 86-87).

Im Rahmen dieser Untersuchung ist beachtlich, dass sich auch die direkte Armutsmessung in hohem Maße auf Aspekte konzentrierte, die Implikationen für das physische Überleben der Bevölkerung in den unterschiedlichen Bevölkerungsklassen hatten. So wurde die Zahl der Häuser pro Wasserhahn und Toilette und die Zahl der Menschen pro Wohnraum notiert. Hinzu kamen moralisierende Bemerkungen zum Zustand der Unterkunft und dem Trinkverhalten der Bewohner (Rowntree 1901, S. 32-60). Im siebten Kapitel seines Buches untersuchte er schließlich die Zusammenhänge zwischen der Armut („primary“ or „secondary“) einerseits und Daten zu Mortalität, Körpergröße und Fruchtbarkeit in drei Stadtteilen von York. Kurzum, auch seine direkte Armutsmessung bezog sich auf Aspekte, die unweigerlich das Überleben betrafen.

Rowntrees absolutes Armutskonzept ist nach dem letzten Weltkrieg einer harschen (und oftmals mehr als fragwürdigen) Kritik unterzogen worden (Veit-Wilson 1986). Inhaltlich ging es darum, ein relatives Armutskonzept zu etablieren, welches auf die für ein *Leben in der Gesellschaft* erforderlichen Ressourcen bzw. Güter abstellt:

“[Poverty] is understood objectively rather than subjectively. Individuals, families and groups in the population can be said to be in poverty when they lack the resources to obtain the kind of diet, participate in the activities and have the kind of living conditions and amenities which are customary, or are at least widely encouraged and approved in the societies to which they belong. Their resources are so seriously below those commanded by the average individual or family that they are, in fact, excluded from ordinary living patterns, customs and activities (Townsend 1979, S. 31).“

Die Messung kann indirekt über eine Einkommensgrenze erfolgen, die als Anteil des in der Gesellschaft üblichen Einkommens definiert ist. Direkt wird dieses Konzept mit Hilfe von Indikatoren gemessen, die den Mangel an solchen Gütern und Tätigkeiten anzeigen, die in der jeweiligen Gesellschaft als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

Mindestens in Europa hat sich das relative gegenüber dem absoluten Armutskonzept weitgehend durchgesetzt. Absolute Armutskonzepte sind dennoch keineswegs verschwunden. Die Weltbank verwendet eine absolute Armutsgrenze, die bei 1,25 bzw. 2 Dollar pro Tag in Kaufkraftparitäten liegt. Darüber erfasst die Organisation in seiner *World Development Database*³ den Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Anlagen. Schließlich werden mit der Mortalität und der Körpergröße sogar dieselben Konsequenzen der Armut erfasst, wie in Rowntrees Studie vor über einhundert Jahren. Auch die Vereinigten Staaten verfügen seit Jahrzehnten über eine offizielle Armutsgrenze, deren Grundgedanke dem einer absoluten Armutsgrenze entspricht (Schupp 2015). Nach Angaben des *Institute for Research on Poverty* an der *University of Wisconsin* stellt das Dreifache der mindestens erforderlichen Ausgaben für Nahrungsmittel im Jahre 1963 den Ausgangspunkt für die Berechnung der Armutsgrenze dar. Dieser Betrag wird alljährlich mit dem Verbraucherpreisindex an die Inflation angepasst. Außerdem wird eine Bedarfsgewichtung vorgenommen, die Haushalte unterschiedlicher Größe und Altersstruktur vergleichbar macht.⁴ Nach Angaben des *US Census Bureau*⁵ lag die so berechnete Armutsgrenze

³ <http://databank.worldbank.org/data/reports.aspx?source=world-development-indicators#>

⁴ <http://www.irp.wisc.edu/faqs/faq2.htm>

⁵ <http://www.census.gov/hhes/www/poverty/data/threshld/index.html>

für eine alleinstehende Person 2013 bei 11.888 Dollar im Jahr. Legt man die Kaufkraftparitäten des privaten Konsums zugrunde, dann entspricht dies einem Niveau von 49,9 Prozent des Medianeinkommens in der Bundesrepublik. Damit ist die offizielle Armutsgrenze der Vereinigten Staaten zwar niedriger als die in der Bundesrepublik verwendete relative Armutsgrenze von 60 Prozent des Medianeinkommens, übersteigt aber das, was zum reinen Überleben erforderlich ist, deutlich.

Der Vergleich mit den USA deutet bereits an, dass der in Abbildung 1 dargestellte Unterschied zwischen absoluter und relativer Armut in der Vergangenheit über Gebühr aufgebläht worden ist. Einerseits gibt es keinen Anlass, Rowntree ein relatives Armutskonzept unterschieben zu wollen oder gar zu leugnen (Ringens 2006 [1987], S. 151), es habe jemals ein Konzept absoluter Armut gegeben. Es lag angesichts des damaligen Elends vielmehr auf der Hand, Armut über das zum *Überleben* erforderliche zu definieren. Alles andere hätte bei seinen Zeitgenossen nur Kopfschütteln und gänzlich Unverständnis hervorgerufen. Andererseits war Rowntree sehr wohl bewusst, dass selbst die Bedeutung von Hunger und Dreck vom jeweiligen Lebensstandard der Gesellschaft abhängig ist. Er war auch keinesfalls der Ansicht, dass alle Ausgaben der Armen, die nicht dem reinen Überleben dienten, Verschwendung darstellten (Veit-Wilson 1986). Schließlich unterscheiden sich die beiden Konzepte auch hinsichtlich der Messung nicht so fundamental, wie es die Glaubenskriege um die Armutskonzepte erwarten lassen würden. Auch die relative Einkommensarmut kann indirekt mit Hilfe einer Armutsgrenze ermittelt werden. Dem Konzept zufolge sollte sie allerdings erstens relativ zu dem Einkommensniveau der jeweiligen Gesellschaft definiert sein. Zweitens sollten relative Armutsschwellen höher sein als absolute, weil das Einkommen nicht nur ausreichen muss, um das Überleben zu sichern, sondern darüber hinaus ein Leben in der Gesellschaft (soziokulturelles Existenzminimum) ermöglichen soll. Die direkte Armutsmessung erfolgt über Mangelindikatoren, welche jedoch neben gesundheitsrelevanten Fragen nach der Versorgung mit sanitären Anlagen und der Qualität der Nahrung auch soziale Aspekte umfasst. Letzteres bezieht sich etwa auf die Möglichkeit Freunde einzuladen, auszugehen oder eine Woche in den Urlaub zu fahren (Townsend 1979, S. 248-250).

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass beide Armutskonzepte ihre Berechtigung haben. Absolute und relative Armutskonzepte betonen unterschiedliche Aspekte dessen, was weithin unter Armut verstanden wird. Während absolute Armut an dem für die physische Existenz, also das Überleben erforderliche anknüpft, geht es bei der relativen Armut um das soziokulturelle Existenzminimum, mithin um das Leben in der Gesellschaft. Beide Armutskonzepte können indirekt über Einkommen und direkt über Konsumgüter gemessen werden. Während sich die relative Armut durch eine Angleichung niedriger Einkommen bzw. Konsummöglichkeiten an den in der Gesellschaft vorherrschenden Standard mindern lässt, kann die absolute Armut durch reale Einkommenszuwächse zurückgedrängt werden. In der Tat haben die realen Einkommenszuwächse seit den Tagen Rowntrees dazu geführt, dass sich in der Europäischen Union das Konzept der relativen Einkommensarmut durchgesetzt hat.

3 Wie misst Eurostat Armut und Mangel?

Die Eurostat-Daten zu den Themen Einkommen, Armut und Mangel basieren auf der EU-SILC-Erhebung, die von sechs Mitgliedstaaten im Jahre 2003 begründet wurde. Die Zahl der teilneh-

menden Länder ist seitdem rasch angestiegen, so dass heute Daten für alle 28 Mitgliedsstaaten vorliegen. Darüber hinaus nehmen Island, die Schweiz, Norwegen, Serbien, die Türkei und Makedonien teil. In Deutschland läuft die Erhebung seit 2005 unter dem Namen „Leben in Europa“. Alljährlich werden dazu gut 14.000 private Haushalte nach soziodemographischen Charakteristika, Einkommen und Lebensumständen befragt. Auf dieser Grundlage werden sowohl Indikatoren zur relativen Einkommensarmut („Armutgefährdungsquoten“) als auch solche zum Mangel („Deprivationsindikatoren“) berechnet.

3.1 Armutsgefährdung

Die Teilnahme an der EU-Silc-Erhebung ist freiwillig. Dies bringt das bekannte Problem der Unterrepräsentanz hoher und niedriger Einkommen in der Stichprobe mit sich. Die resultierende „Mittelschichtverzerrung“ ist ein offensichtliches Problem für die Armutsmessung. Aus diesem Grunde erfolgt die Hochrechnung im deutschen Fall unter Berücksichtigung von Ergebnissen des Mikrozensus (Seils 2013, S. 362). Außerdem sind Ausländer in der Stichprobe massiv unterrepräsentiert, ohne dass dies durch entsprechende Gewichtungsfaktoren bei der Hochrechnung korrigiert würde.

Auf der Habenseite ist anzumerken, dass die EU-SILC-Befragung die persönlichen und haushaltsbezogenen Einkommensbestandteile des der Erhebung vorangehenden Einkommensjahres sehr detailliert erfasst. Dies hat den Vorteil, dass kaum Einkommenskomponenten vergessen werden. Das daraus ermittelte Haushaltsbruttoeinkommen ist also recht genau. Nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zuzüglich Transferzahlungen (z.B. Kindergeld, Sozialhilfe) ergibt sich das verfügbare Haushaltseinkommen, welches der Berechnung der Armutsrisikoquoten zugrunde liegt.

Um die Wohlfahrtsposition unterschiedlicher Haushaltstypen vergleichbar zu machen, erfolgt im ersten Schritt eine Bedarfsgewichtung auf der Basis der sogenannten „neuen OECD-Äquivalenzskala“. Diese spricht der ersten erwachsenen Person im Haushalt ein Gewicht von 1 zu. Jede weitere Person ab 14 Jahren hat ein Gewicht von 0,5. Bei Kindern bis einschließlich 13 Jahren beträgt das Gewicht 0,3. Dividiert man das verfügbare Nettohaushaltseinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte, ergibt sich das Nettoäquivalenzeinkommen, welches jeder Person im Haushalt zugeordnet wird. Dieser Vorgang wird für alle Haushalte (der Stichprobe) eines Landes durchgeführt. Die resultierenden Nettoäquivalenzeinkommen werden dann der Höhe nach sortiert. Das mittlere Nettoäquivalenzeinkommen ist das oft zitierte Medianeinkommen. Sechzig Prozent dieses Medianeinkommens bilden die Armutsgefährdungsgrenze für einen Alleinstehenden. Dieser Wert liegt in Deutschland im Einkommensjahr 2013 bei rund 11.840 Euro im Jahr bzw. 987 Euro pro Monat. Personen, deren Nettoäquivalenzeinkommen unterhalb dieser Grenze liegt, gelten nach der EU-Terminologie als armutsgefährdet. Durch die Verwendung des Wortes „Armutgefährdung“ soll eine Definition von Armut selbst vermieden werden. In Abwesenheit einer allgemein akzeptierten Armutsdefinition werden die Ausdrücke Armut und Armutsgefährdung in der Literatur zumeist synonym verwendet.

3.2 Mangel

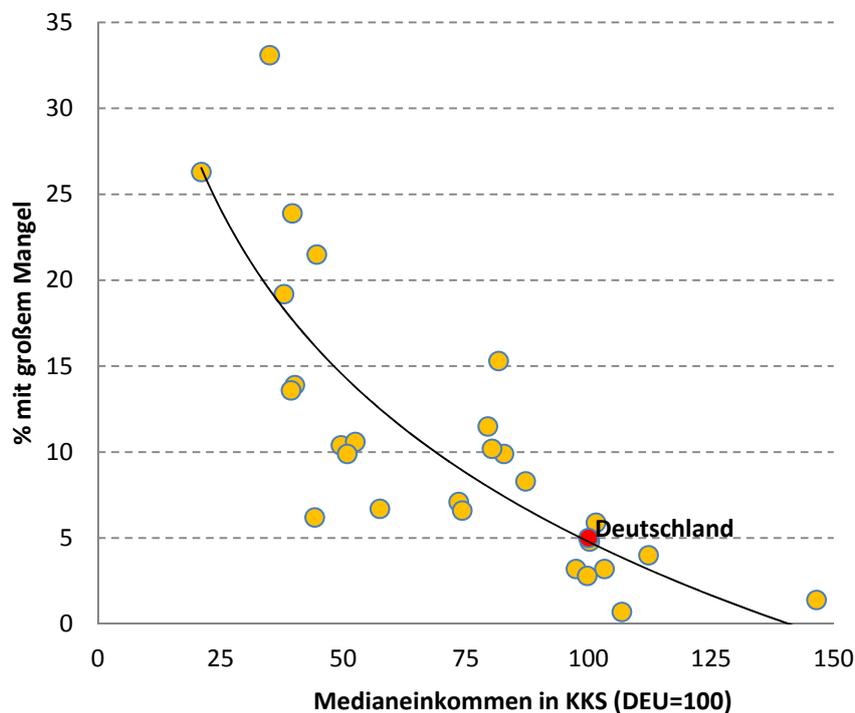
Der große Vorteil der jüngst veröffentlichten Zahlen besteht darin, dass neben der indirekten Messung des Armutsrisikos über das verfügbare Einkommen auch eine direkte Erfassung des Mangels erfolgt. Dies geschieht mit Hilfe von Fragen im EU-Silc-Survey, die sich auf Einschränkungen der Lebensführung, Mängel an der Wohnung und Probleme mit dem Wohnumfeld beziehen. Personen, die in Haushalten leben, welche sich vier oder mehr der folgenden neun Punkte nicht leisten können, leben laut Eurostat-Definition mit erheblichen materiellen Entbehrungen: (1) unerwartete Ausgaben, (2) eine Woche auswärtigen Urlaub, (3) Zahlungsverzug (4) jeden zweiten Tag eine warme Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel, Fisch oder vegetarischem Äquivalent, (5) eine warme Wohnung, (6) eine Waschmaschine (7) ein Farbfernseher, (8) ein Telefon und (9) ein Automobil (Spannagel und Israel 2015). Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe weiterer Fragen, die Mangelsituationen weiter ausleuchten sollen. Diese beziehen sich unter anderem auf die Verfügbarkeit sanitärer Einrichtungen in der Wohnung, Schimmel und Feuchtigkeit und Belästigungen durch Lärm oder Vandalismus im Wohnumfeld.

Eurostat verknüpft die Antworten auf diese Fragen mit der Armutsgefährdung. Problematisch ist dabei, dass sich die „Deprivationsindikatoren“ auf das Jahr der Befragung beziehen, während das Referenzjahr für die Armutsgefährdung das der Erhebung vorangegangene Jahr ist. Sieht man über dieses Problem mit der Begründung hinweg, dass sich das Armutsrisiko eines Haushaltes mit dem Jahreswechsel zumeist nicht fundamental wandelt, dann erlauben diese Zahlen Analysen dazu, wie sich Armutsgefährdung in Ländern mit unterschiedlichem Wohlstandsniveau in Mangel niederschlägt.

4 Einkommensarmut und Mangel im europäischen Vergleich

Zunächst einmal soll dem Zusammenhang zwischen dem durchschnittlichen Einkommensniveau eines Landes und der Verbreitung erheblicher materieller Entbehrungen nachgegangen werden. In Abbildung 2 wird dazu der Anteil der Menschen, die an erheblichen materiellen Entbehrungen leiden, in Relation zum Medianeinkommen in Kaufkraftstandards gesetzt.

Abb. 2: Verbreitung erheblicher materieller Entbehrungen und Einkommensniveau

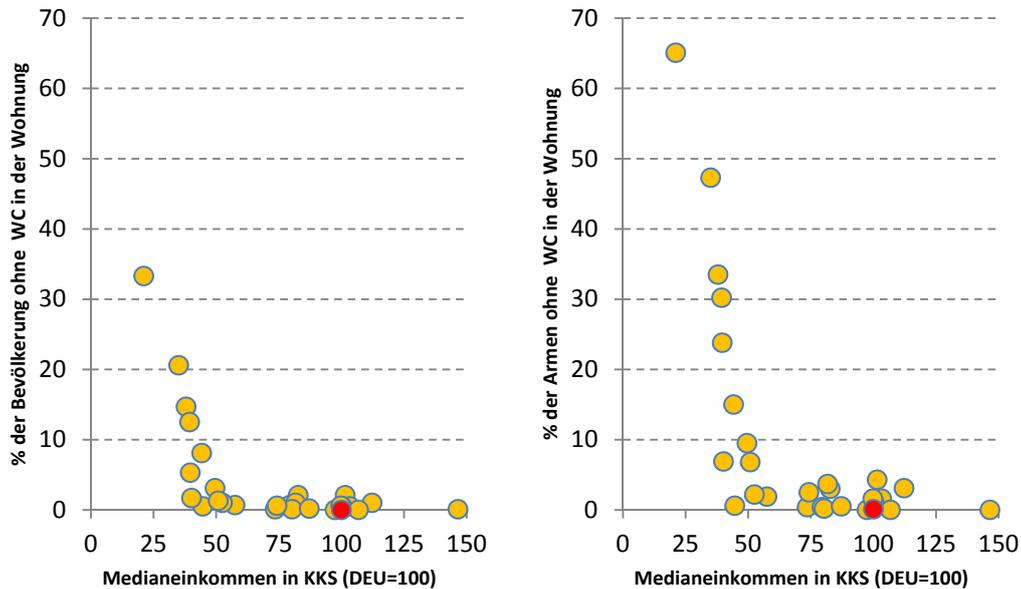


Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Anmerkung: Medianeinkommen in Kaufkraftstandards, Einkommensjahr 2013. Anteil der Bevölkerung, der laut Eurostat-Definition mit erheblichen materiellen Entbehrungen lebt von 2014. Medianeinkommensposition für Estland für das Einkommensjahr 2012. Deutschland (DEU) ist rot hervorgehoben.

Die Abbildung 2 zeigt wie erwartet, dass je höher das Medianeinkommen in einem Land ausfällt, desto geringer ist der Anteil der Menschen, die mit erheblichen materiellen Entbehrungen leben. Deutschland (DEU) gehört zu den Ländern in der Europäischen Union mit dem höchsten realen Einkommensniveau und der geringsten Verbreitung (5,0 Prozent) erheblicher materieller Entbehrungen. Immerhin lebt jedoch auch hierzulande jeder zwanzigste in schwerem Mangel. Bulgarien hat das zweitniedrigste Einkommensniveau und ein Drittel (33,1 Prozent) der Bevölkerung lebt in sehr ärmlichen Umständen.

Abb. 3: Anteil der (armen) Bevölkerung ohne eigenes WC in der Wohnung



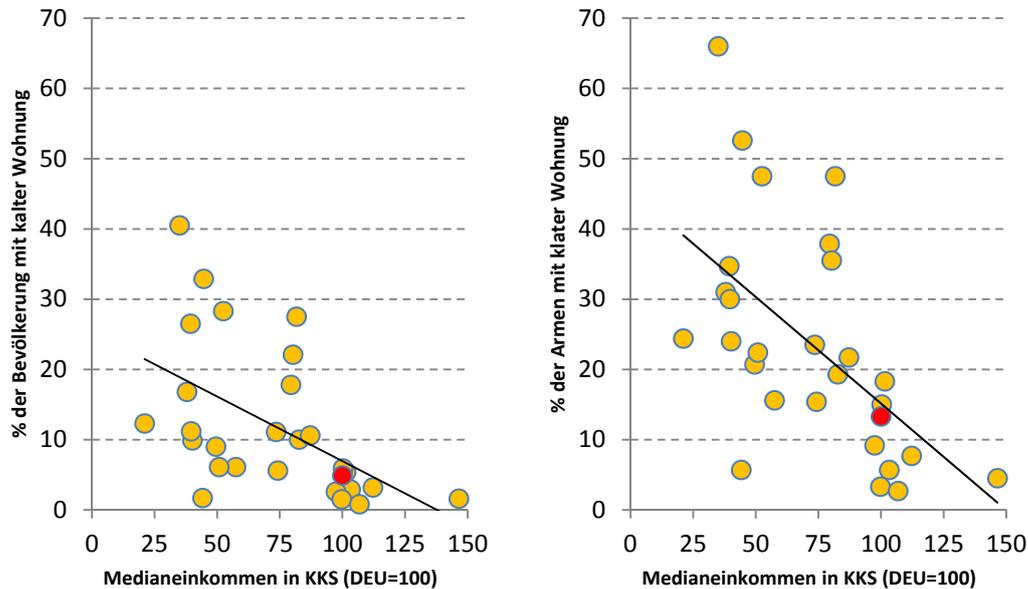
Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Anmerkung: Medianeinkommen in Kaufkraftstandards, Einkommensjahr 2013. Anteil der Bevölkerung, die ohne eigene Toilette im Haushalt lebt von 2014 oder letztes verfügbares Jahr. Medianeinkommensposition für Estland für das Einkommensjahr 2012. Deutschland (DEU) ist rot hervorgehoben.

Dieser wenig überraschende Zusammenhang bestätigt sich auch bei einem Indikator, der an die alte Studie von Rowntree erinnert. Dabei geht es darum, ob dem Haushalt eine Toilette für den alleinigen Gebrauch in der Wohnung zur Verfügung steht. Es zeigt sich, dass dies in den reicheren Mitgliedsstaaten wie der Bundesrepublik sowohl in der Gesamtbevölkerung als auch bei den Menschen, die in relativer Einkommensarmut leben, fast durchgehend der Fall ist. In den wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern Osteuropas lebt hingegen ein substantieller Teil der Bevölkerung ohne Toilette in den eigenen vier Wänden. Rumänien stellt einen Extremfall dar. In dem Land verfügen trotz des rasanten Fortschrittes der letzten Jahre noch präzise ein Drittel der Gesamtbevölkerung und 65,1 Prozent derjenigen, die in relativer Einkommensarmut leben, über keine Toilette in der Wohnung. Insofern trifft es zu, dass Menschen, die in der Bundesrepublik in relativer Einkommensarmut leben, einen absolut höheren Lebensstandard aufweisen als viele Menschen in den ärmsten Ländern Osteuropas.

Fragt man danach, ob es den Haushalten finanziell möglich ist, die Unterkunft angemessen warm zu halten, so zeigt sich, dass der Anteil der Bevölkerung, welcher frieren muss, in den ärmeren Mitgliedsstaaten höher ist als in den reicheren Ländern Westeuropas. Allerdings geben auch in Deutschland immerhin 4,9 Prozent der Gesamtbevölkerung an, ihre Wohnung nicht angemessen warm halten zu können. Unter den Armutgefährdeten in der Bundesrepublik steigt dieser Prozentsatz auf 13,3. Insofern sehen sich Menschen, die in Deutschland in relativer Einkommensarmut leben durchaus mit ernststen Beschränkungen der Lebensführung gegenüber.

Abb. 4: Anteil der (armen) Bevölkerung der seine Wohnung nicht warm halten kann



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

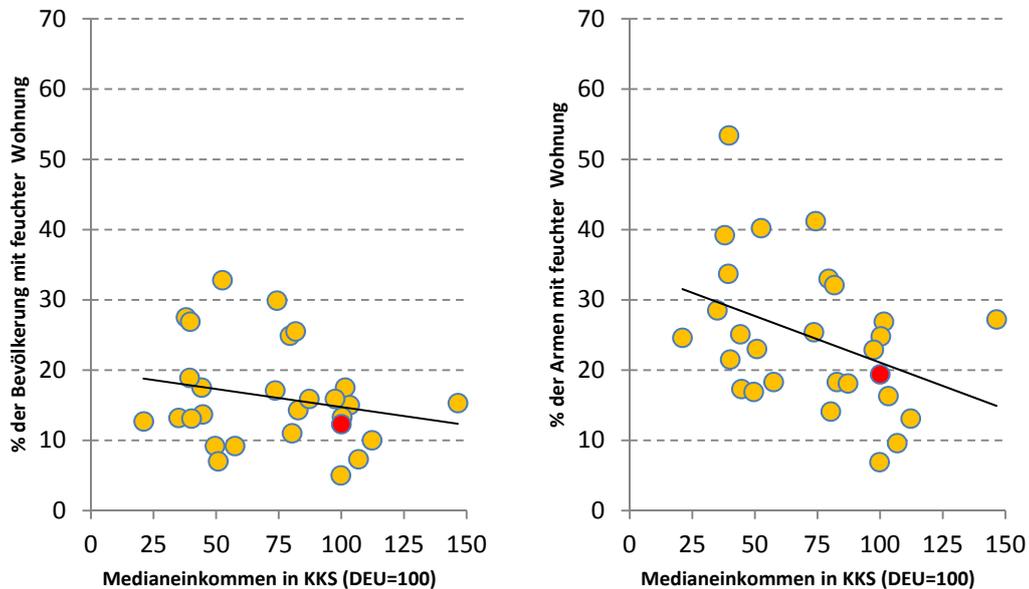
Anmerkung: Medianeinkommen in Kaufkraftstandards, Einkommensjahr 2013. Anteil der (armen) Bevölkerung, der seine Wohnung aus finanziellen Gründen nicht angemessen warm halten kann von 2014 oder letztes verfügbares Jahr. Medianeinkommensposition für Estland für das Einkommensjahr 2012. Deutschland (DEU) ist rot hervorgehoben.

Dennoch gibt es in Europa eine ganze Reihe von Ländern, in denen der Anteil derjenigen, die ihre Wohnung nicht angemessen warm halten können, selbst in der Gesamtbevölkerung höher ist als in Deutschland unter den Armutsgefährdeten. Den Spitzenwert nimmt dabei Bulgarien ein. Dort frieren in der kalten Jahreszeit 40,5 Prozent der Gesamtbevölkerung und 66 Prozent derjenigen, die in relativer Einkommensarmut leben. Neben den Wohlstandsunterschieden zwischen den Ländern zeigen sich aber auch Differenzen, die belegen, dass relative Einkommensarmut mit größeren materiellen Entbehrungen verbunden ist.

Mit der Beheizung thematisch eng verbunden ist die Frage nach undichten Dächern, Feuchtigkeit und Schimmel in der Wohnung. Ein Blick auf die Abbildung 5 fördert jedoch zutage, dass die internationalen Unterschiede im durchschnittlichen Einkommensniveau bei der Frage nach der Feuchtigkeit in der Wohnung zumindest für die Gesamtbevölkerung verblassen. Die Menschen in armen und reichen europäischen Ländern scheinen insgesamt ähnlich häufig von diesem Problem betroffen zu sein. Allerdings hat länderübergreifend der Teil der Bevölkerung, welcher in relativer Einkommensarmut lebt, in der Wohnung häufiger mit Schimmel und Feuchtigkeit zu kämpfen als der Bevölkerungsdurchschnitt. Dies ist insbesondere bei den ärmeren Mitgliedsstaaten der Fall, weshalb sich in der rechten Graphik wiederum die bekannten Unterschiede zwischen den Ländern mit niedrigem und hohem Medianeinkommen auftun. Mit Blick auf die Bundesrepublik (12,3 Prozent) lässt sich feststellen, dass der Anteil der Bevölkerung, welcher von Feuchtigkeit und Schimmel betroffen ist, im Vergleich zur gesamten EU (15,7 Prozent) etwas unterdurchschnittlicher ausfällt. Unter den Armutsgefährdeten klagen hierzulande

19,4 Prozent und in der EU 24,5 Prozent über undichte Dächer, Feuchtigkeit im Gemäuer oder Fäulnis.

Abb. 5: Anteil der (armen) Bevölkerung mit Feuchtigkeit oder Schimmel in der Wohnung

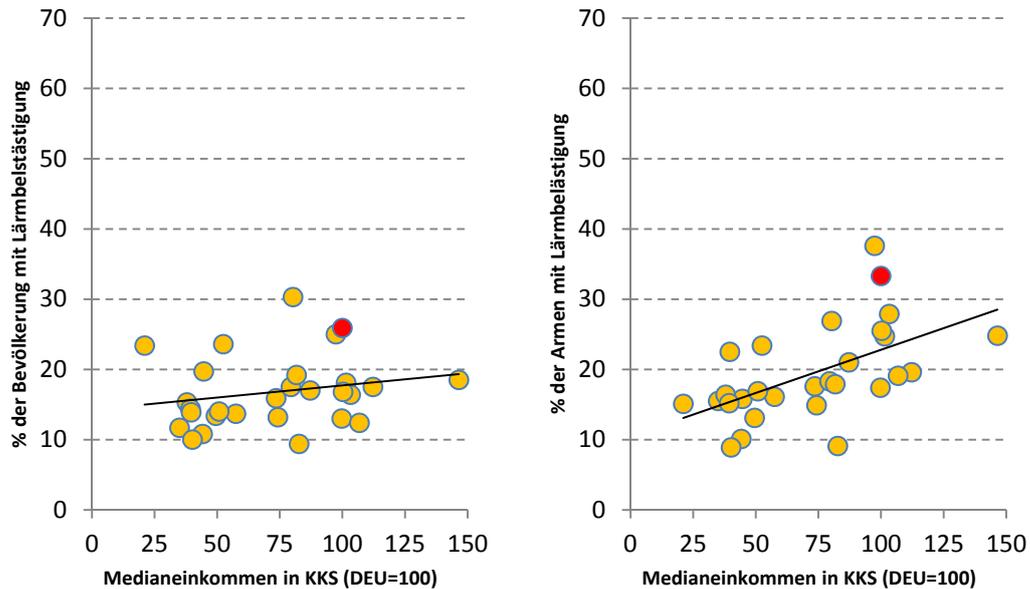


Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Anmerkung: Medianeinkommen in Kaufkraftstandards, Einkommensjahr 2013. Anteil der (armen) Bevölkerung, die in einer Wohnung mit undichtem Dach, feuchten Wänden oder Fäulnis lebt, Wohnung von 2014 oder letztes verfügbares Jahr. Medianeinkommensposition für Estland für das Einkommensjahr 2012. Deutschland (DEU) ist rot hervorgehoben.

Ziemlich genau das entgegengesetzte Bild zeigt sich in Abbildung 6 bei einem Aspekt, der das Wohnumfeld betrifft. Belastungen durch Lärm von den Nachbarn oder durch den Straßenverkehr sind in den reicheren Staaten sogar ein wenig verbreiteter als in den ärmeren Ländern Europas. Dies mag unter anderem auf den höheren Verdichtungsgrad und den dichteren Verkehr zurückzuführen sein. Auffällig ist in jedem Fall, dass sich Lärmbelastungen insbesondere in den reicheren Ländern bei den Einkommensarmen konzentrieren. In Deutschland leidet etwa jeder Vierte (25,9 Prozent) an Lärm aus seinem Wohnumfeld, unter den Armutsgefährdeten ist es aber genau ein Drittel (33,3 Prozent). Im internationalen Vergleich weist Deutschland damit in den beiden Gruppen jeweils den zweithöchsten Wert hinter Malta (30,3 Prozent der Gesamtbevölkerung) bzw. den Niederlanden (37,6 Prozent der Armutsgefährdeten) auf. Dies kann als Hinweis darauf gesehen werden, dass auch die unerwünschten Nebenwirkungen des wirtschaftlichen Fortschrittes vorrangig am unteren Ende der Gesellschaft anfallen.

Abb. 6: Anteil der (armen) Bevölkerung mit Lärmbelastigung im Wohnumfeld



Anmerkung: Medianeinkommen in Kaufkraftstandards, Einkommensjahr 2013. Anteil der (armen) Bevölkerung, die mit Lärmbelastigung von Nachbarn oder von der Straße lebt, 2014 oder letztes verfügbares Jahr. Medianeinkommensposition für Estland für das Einkommensjahr 2012. Deutschland (DEU) ist rot hervorgehoben.

5 Fazit

Laut aktuellen Daten der EU steigt die relative Einkommensarmut in der Bundesrepublik weiter. Den amtlichen Daten zufolge sind am aktuellen Rand 16,7 Prozent der Bevölkerung bzw. mehr als 13 Millionen Menschen in Deutschland von Armut bedroht (Einkommensjahr 2013). Der weitere Anstieg des sogenannten Armutsrisiko gegenüber dem Vorjahr geht auf den Anstieg der Altersarmut von 14,9 auf 16,3 Prozent und die Zunahme der Beschäftigungsarmut von 8,6 auf 9,9 Prozent zurück. Damit ist nun praktisch jeder zehnte Beschäftigte von Armut bedroht.

Zweifelsohne weisen viele Armutsgefährdete in Deutschland einen höheren Lebensstandard auf als viele Menschen in den ärmsten Ländern der EU. Allerdings lebt auch hierzulande jeder Zwanzigste in großem Mangel. Immerhin 13,3 Prozent der Armutsgefährdeten können ihre Wohnung nicht angemessen warm halten und 19,4 Prozent von ihnen haben mit Schimmel oder Feuchtigkeit in ihrer Unterkunft zu kämpfen. Diese Zahlen zeigen, wie wichtig die Einführung des Mindestlohns für Deutschland war.

6 **Literatur**

Ringen, Stein. 2006 [1987]. *The Possibility of Politics*. New Brunswick: Transaction Publishers.

Rowntree, Benjamin Seebohm. 1901. *Poverty. A Study of Town Life*. London: Macmillan.

Schupp, Jürgen. 2015. Überfällige Debatte zur Armutsmessung. *DIW Wochenbericht* 82:440.

Spannagel, Dorothee, und Sabine Israel. 2015. *Material Deprivation in the EU. The Influence of the Welfare State*. Düsseldorf.

Townsend, Peter. 1979. *Poverty in the United Kingdom. A Survey of Household Resources and Standards of Living*. Berkeley: University of California Press.

Veit-Wilson, John. H. 1986. Paradigms of Poverty: A Rehabilitation of B.S. Rowntree. *Journal of Social Policy* 15:69-99.

Appendix I: Medianeinkommen und Armutsgefährdungsquoten

Länder	Medianeinkommen	Armutsgefährdung		
	in Kaufkraftstandards (DEU =100)	Gesamt % Bevölkerung	Alte % ≥ 65 Jahre	Erwerbstätige % Beschäftigte
Belgien	101,5	15,5	16,1	4,8
Bulgarien	35	21,8	22,6	9,3
Tschech. Rep.	57,5	9,7	7,0	3,6
Dänemark	103,3	11,9	9,5	4,9
Deutschland	100	16,7	16,3	9,9
Estland	44,2	18,6	24,4	7,7
Irland	82,7	14,1	10,1	4,5
Griechenland	44,6	22,1	14,9	13,2
Spanien	73,5	22,2	11,4	12,6
Frankreich	100,2	13,3	8,6	8
Kroatien	40,1	19,4	23,2	5,7
Italien	79,5	19,6	14,7	11
Zypern	81,7	14,4	22,4	7,8
Lettland	37,9	21,2	27,6	8,3
Litauen	39,4	19,1	20,1	8,4
Luxemburg	146,5	16,4	6,3	11,1
Ungarn	39,6	14,6	4,2	6,4
Malta	80,3	15,9	16,9	5,7
Niederlande	97,4	11,6	5,9	5,3
Österreich	112,2	14,1	14,2	7,2
Polen	49,5	17,0	11,7	10,7
Portugal	52,5	19,5	15,1	10,7
Rumänien	21,1	25,4	15,5	19,7
Slowenien	74,2	14,5	17,1	6,4
Slowakei	50,8	12,6	6,2	5,7
Finnland	99,7	12,8	16,0	3,7
Schweden	106,8	15,1	16,5	7,8
Großbritannien	87,2	15,9	16,6	8,2

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen und Zusammenstellung

Anmerkungen: Medianeinkommen in Kaufkraftstandards als Index mit Deutschland = 100. Einkommenspositionen und Armutsgefährdungsquoten beziehen sich auf das Einkommensjahr 2013 (Estland 2012).

Appendix II: Materielle Entbehrungen

Länder	Erhebliche Materielle Entbehrungen	Keine Toilette in der Wohnung		Wohnung nicht angemessen beheizt	
	% Bevölkerung	% Bevölk.	% Arme	% Bevölk.	% Arme
Belgien	5,9	2,1	4,3	5,4	18,3
Bulgarien	33,1	20,6	47,3	40,5	66,0
Tschech. Rep.	6,7	0,7	1,9	6,1	15,6
Dänemark	3,2	0,5	1,6	2,9	5,7
Deutschland	5,0	0,0	0,1	4,9	13,3
Estland	6,2	8,1	15,0	1,7	5,7
Irland	9,9	2,1	3,0	10,0	19,3
Griechenland	21,5	0,5	0,6	32,9	52,6
Spanien	7,1	0,1	0,4	11,1	23,5
Frankreich	4,8	0,5	1,1	5,9	15,0
Kroatien	13,9	1,7	6,9	9,9	24,0
Italien	11,5	0,7	0,4	17,8	37,9
Zypern	15,3	1,0	3,7	27,5	47,5
Lettland	19,2	14,7	33,5	16,8	31,0
Litauen	13,6	12,5	30,2	26,5	34,7
Luxemburg	1,4	0,1	0,0	1,6	4,5
Ungarn	23,9	5,3	23,8	11,2	30,0
Malta	10,2	0,1	0,2	22,1	35,5
Niederlande	3,2	0,0	0,0	2,6	9,2
Österreich	4,0	1,0	3,1	3,2	7,7
Polen	10,4	3,1	9,5	9,0	20,7
Portugal	10,6	1,0	2,2	28,3	47,5
Rumänien	26,3	33,3	65,1	12,3	24,4
Slowenien	6,6	0,6	2,5	5,6	15,4
Slowakei	9,9	1,3	6,8	6,1	22,4
Finnland	2,8	0,6	1,6	1,5	3,3
Schweden	0,7	0,0	0,0	0,8	2,7
Großbritannien	8,3	0,2	0,5	10,6	21,7

Quelle: Eurostat

Anmerkungen: Erhebliche materielle Entbehrungen nach der Definition von Eurostat. Bei der Frage nach den Toiletten gibt der Prozentsatz den Anteil der Bevölkerung bzw. Armutsgefährdeten an, welcher kein WC für den alleinigen Gebrauch des Haushalts hat. Analog bezieht sich die Frage nach der Beheizung auf den Anteil der (armutsgefährdeten) Bevölkerung, der aus finanziellen Gründen nicht in der Lage ist, die Unterkunft angemessen warm zu halten. Die Daten beziehen sich auf 2014 bzw. bei Estland, Irland, Kroatien, Luxemburg und Großbritannien auf 2013.

Appendix II: Materielle Entbehrungen (fortgesetzt)

Länder	Feuchtigkeit im Gemäuer oder Schimmel		Lärm von Nachbarn oder der Straße	
	% Bevölk.	% Arme	% Bevölk.	% Arme
Belgien	17,5	26,9	18,1	24,7
Bulgarien	13,2	28,5	11,7	15,5
Tschech. Rep.	9,2	18,3	13,7	16,1
Dänemark	15,0	16,3	16,4	27,9
Deutschland	12,3	19,4	25,9	33,3
Estland	17,5	25,1	10,8	10,1
Irland	14,3	18,3	9,4	9,1
Griechenland	13,7	17,3	19,7	15,8
Spanien	17,1	25,4	15,9	17,6
Frankreich	13,3	24,8	16,8	25,5
Kroatien	13,1	21,5	10,0	8,9
Italien	24,9	33,0	17,5	18,3
Zypern	25,5	32,1	19,2	17,9
Lettland	27,5	39,2	15,3	16,4
Litauen	18,9	33,7	14,4	15,2
Luxemburg	15,3	27,2	18,5	24,8
Ungarn	26,9	53,4	13,9	22,5
Malta	11,0	14,1	30,3	26,9
Niederlande	15,9	22,9	25,0	37,6
Österreich	10,0	13,1	17,5	19,6
Polen	9,2	16,9	13,4	13,1
Portugal	32,8	40,2	23,6	23,4
Rumänien	12,7	24,6	23,4	15,1
Slowenien	29,9	41,2	13,2	14,9
Slowakei	7,0	23,0	14,0	16,9
Finnland	5,0	6,9	13,0	17,4
Schweden	7,3	9,6	12,4	19,1
Großbritannien	15,9	18,1	17,0	21,0

Quelle: Eurostat

Anmerkungen: Die Frage nach der Feuchtigkeit bezieht sich auf den Anteil der (armutsgefährdeten) Bevölkerung, welcher mit einem undichten Dach, Feuchtigkeit im Gemäuer oder Schimmel an den Wänden oder im Fensterrahmen lebt. Dementsprechend geht es bei der Frage nach dem Lärm um jene Personen, die unter Lärm von der Straße oder von den Nachbarn leiden. Die Daten beziehen sich auf 2014 bzw. bei Estland, Irland, Kroatien, Luxemburg und Großbritannien auf 2013.

Seit 2007 erschienene WSI-Diskussionspapiere

156. Brehmer, Wolfgang/Seifert, Hartmut: Wie prekär sind atypische Beschäftigungsverhältnisse? Eine empirische Analyse, November 2007
157. Tangian, Andranik, S.: Is the work in Europe decent? A study based on the 4th European survey of working conditions 2005, Dezember 2007
158. Klenner, Christina/Pfahl, Svenja: Jenseits von Zeitnot und Karriereverzicht - Wege aus dem Arbeitszeitdilemma, Arbeitszeiten von Müttern, Vätern und Pflegenden, Januar 2008
159. Tangian, Andranik, S.: Towards Consistent Principles of Flexicurity, April 2008
160. Tangian, Andranik, S.: On the European Readiness for Flexicurity: Empirical Evidence with OECD/HBS Methodologies and Reform Proposals, April 2008
161. Bothfeld, Silke/Ullmann, Karen: The German Employment Protection Act - How does it work in company practice?, Juni 2008
162. Ziegler, Astrid: Standortverlagerung und Ausgliederung - Ausmaß, Struktur und Auswirkungen auf die Beschäftigten. Eine Auswertung auf Basis der WSI-Betriebsrätebefragung 2007, August 2008
163. Grimmeisen, Simone/Leiber, Simone: Zwischen Kostenprivatisierung und PatientInnenautonomie: Eigenverantwortung in der Gesundheitspolitik, März 2009
164. Schulten, Thorsten: Guter Lohn für gute Rente, Juni 2009
165. Tangian, Andranik, S.: Towards computer-aided collective bargaining: Enhancing the trade unions position under flexicurity, Juni 2009
166. Leiber, Simone: Armutsvermeidung im Alter: Handlungsbedarf und Handlungsoptionen, Juni 2009
167. Bogedan, Claudia/Herzog-Stein, Alexander/Klenner, Christina/Schäfer, Claus: Vom Schutzschirm zum Bahnbrecher - Anforderungen an die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der Wirtschaftskrise, August 2009
168. Tangian, Andranik, S.: Six families of flexicurity indicators developed at the Hans Boeckler Foundation, November 2009
169. Herzog-Stein, Alexander/Seifert, Hartmut: Deutsches „Beschäftigungswunder“ und Flexible Arbeitszeiten, Februar 2010
170. Brehmer, Wolfram/Klenner, Christina/Klammer, Ute: Wenn Frauen das Geld verdienen - eine empirische Annäherung an das Phänomen der „Familienernährerin“, Juli 2010
171. Bispinck, Reinhard/Dribbusch, Heiner/Schulten, Thorsten: German Collective Bargaining in a European Perspective - Continuous Erosion or Re-Stabilisation of Multi-Employer Agreements?, August 2010
172. Dribbusch, Heiner: Tarifkonkurrenz als gewerkschaftspolitische Herausforderung: Ein Beitrag zur Debatte um die Tarifeinheit, August 2010
173. Tangian, Andranik, S.: Representativeness of German parties and trade unions with regard to public opinion, September 2010

174. Wolf, Elke: Lohndifferenziale zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten in Ost- und Westdeutschland, Dezember 2010
175. Ahlers, Elke: Belastungen am Arbeitsplatz und betrieblicher Gesundheitsschutz vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, Februar 2011
176. Rothgang, Heinz/Arnold, Robert: Berechnungen der finanziellen Wirkungen und Verteilungswirkungen für eine integrierte Krankenversicherung mit einem zusätzlichen Solidarbeitrag, März 2011
177. Bispinck, Reinhard/Dribbusch, Heiner: Collective bargaining, decentralisation and crisis management in the German metalworking industries since 1990, Oktober 2011
178. Bispinck, Reinhard/Schulten, Thorsten: Trade Union Responses to Precarious Employment in Germany, Dezember 2011
179. Tangian, Andranik: Statistical Test for the Mathematical Theory of Democracy, February 2012
180. Becker, Irene/Hauser, Richard: Kindergrundsicherung, Kindergeld und Kinderzuschlag: Eine vergleichende Analyse aktueller Reformvorschläge, März 2012
181. Blank, Florian/Wiecek, Sabrina: Die betriebliche Altersversorgung in Deutschland: Verbreitung, Durchführungswege und Finanzierung, September 2012
182. Keller, Berndt/Schulz, Susanne/Seifert, Hartmut: Entwicklungen und Strukturmerkmale der atypisch Beschäftigten in Deutschland bis 2010, Oktober 2012 (korr. Fassung vom 31.10.2012)
183. Beck, Stefan: Öffentliche Beschaffung von IT-Mitteln (PCs) unter Berücksichtigung sozialer Kriterien, Dezember 2012
184. Klenner, Christina/Brehmer, Wolfram/Plegge, Mareen/Bohulskyy, Jan: Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen, Eine empirische Analyse für Deutschland, Mai 2013
185. Bieback, Karl-Jürgen: Verfassungs- und sozialrechtliche Probleme einer Änderung der Beitragsbemessungsgrenze in der GKV, Juni 2013
186. Tangian, Andranik: 2013 Election to German Bundestag from the Viewpoint of Direct Democracy, October 2013
187. Rothgang, Heinz/Arnold, Robert: Berechnungen der finanziellen Wirkungen und Verteilungswirkungen für eine integrierte Krankenversicherung mit einem progressiven Beitragssatz, Dezember 2013
188. Lott, Yvonne: Working Time Autonomy and Time Adequacy: What if performance is all that counts?, Juni 2014
189. Seikel, Daniel: Nationale Anpassungsstrategien an das Fallrecht des Europäischen Gerichtshofes. Europäisierung durch Richterrecht und innenpolitische Veto-Positionen, Juni 2014.
190. Lott, Yvonne: Working time flexibility and autonomy: Facilitating time adequacy? A European perspective, Juni 2014.
191. Schulten, Thorsten/Bispinck, Reinhard: Wages, Collective; Bargaining and Economic Development in Germany, September 2014
192. Höpner, Martin/Petring, Alexander/Seikel, Daniel/Werner, Benjamin: Liberalization Policy. An Empirical Analysis of Economic and Social Interventions in Western Democracies, November 2014

193. Schmieja, Vanessa/Schulze Buschoff, Karin: Arbeitsmarktpolitik in nationalen Kontexten. Beispiele guter Praktiken in Europa, November 2014
194. van Klaveren, Maarten/Tijdens, Kea: Wages, Collective Bargaining and Recovery from the Crisis in the Netherlands, Januar 2015
195. Manske, Alexandra/Scheffelmeier, Tine: Werkverträge, Leiharbeit, Solo-Selbstständigkeit, Januar 2015
196. Lott, Yvonne: Costs and Benefits of Flexibility and Autonomy in Working Time: The Same for Women and Men?, Februar 2015
197. Schulten, Thorsten/Schulze Buschoff, Karin: Sector-level Strategies against Precarious Employment in Germany, Februar 2015
198. Tangian, Andranik: Is the Left-Right Alignment of Parties Outdated?, April 2015
199. Keller, Berndt/Seifert, Hartmut: Atypical forms of employment in the public sector – are there any?, Juni 2015

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches
Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Telefon: +49 211 7778 0

Telefax: +49 211 7778 120

WSI 
Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliches Institut

Hans **Böckler**
Stiftung 